

Rede auf dem ersten Vorbereitungstreffen des "World Forum of Youth and Students for peace, detente and disarmament" von Elmar Brok, DEMYC-Vorsitzender

---

Dem National Committee of Finnish Youth Organisations (FNT) möchte ich im Namen von DEMYC für die Einladung für dieses Vorbereitungstreffen für ein "World Forum of Youth and Students for peace detente and disarmament" danken.

Die Zerstörungskraft immer modernerer, raffinierterer Waffen, die unvorstellbaren Gefahren atomarer, biologischer und chemischer Arsenale der Menschheitsvernichtung sind Verpflichtung gerade auch für die junge Generation, für Frieden und Freiheit, Menschenrechte und Abrüstung zu arbeiten.

Die ungeheueren Geldsummen, die jährlich für neue Waffen ausgegeben werden, würden ausreichen, Armut und Hunger in allen Teilen der Welt zu besiegen. Dies müssen sich selbstkritisch alle Staaten in Ost und West und auch die meisten Staaten der Dritten Welt sagen. Aber hier müssen schon Unterschiede gemacht werden: So leistet die Bundesrepublik Deutschland viel zu wenig Entwicklungshilfe, aber immer noch weit mehr als alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes zusammen, die allerdings besonders leistungsfähig im Export von Truppen, Waffen, "Militärhilfe" und Militärberater sind.

Von entscheidender Bedeutung für die Sicherung des Weltfriedens ist ein Nord-Süd-Dialog, der eine Wirtschaftsordnung zum Ziel hat, die aufgrund der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit des Handels und der Leistung die Situation der armen Ländern dieser Welt entscheidend verbessert.

Die westlichen und östlichen Industriestaaten dürfen sich dieser Aufgabe nicht egoistisch entziehen. Dies gilt auch für die Rohstoffländer. Alle drei müssen zusammenwirken. Die sowjetische Politik, in Asien und Afrika Herr über die Rohstoffländer zu werden und damit den Westen zu gefährden, ist neokolonialistische Machtpolitik auf dem Rücken der armen Länder. Dies kann auch durch die schönste Propaganda-Schalmeien nicht verdeckt werden.

Sowjetsche Agression gegen Afghanistan, die auch durch die imperialistische Formel des "proletarischen Internationalismus" den Charakter eines Völkerrechtsbruchs nicht verliert, verhindert Entspannung und Abrüstung, die für den Aufbau einer friedlichen und gerechten Welt notwendig sind. Mit ihren Helfern aus der DDR und Kuba hat die UdSSR im Jemen, in Äthiopien, Mocambique und Angola bereits die Macht direkt oder indirekt übernommen, so daß die Völker faktisch ihre Souveränität verloren haben. Antirassismus, den ich als eine wichtige und notwendige Aufgabe im südlichen Afrika und anderen Teilen der Welt ansehe, und Sozialismus sind nur Alibis der sowjetischen Machtpolitik zur Beherrschung der Rohstoffgebiete und Handelswege und zur Gewinnung von Stützpunkten. Es geht so weit, daß die UdSSR gegen ihren Verbündeten Somalia Krieg führte, als sie die Chance sah, dafür Einfluß in dem für sie interessanteren Äthiopien zu gewinnen.

Auch die ständigen Bemühungen der UdSSR gegen eine friedliche Lösung im Nahen Osten haben das Ziel, dort den Einfluß für eigene Interessen zu stärken auf Kosten der betroffenen Völker und des Weltfriedens.

Die Sowjetische Unterstützung für die vietnamesische Okkupationspolitik gegen Laos und Kambodscha passt ebenso in dieses Bild. Überhaupt gibt es keinen kriegerischen Konflikt auf dieser Welt, an der nicht die kommunistische Staatenwelt zur Zeit direkt beteiligt ist. In Indochina sind Kommunisten bereits unter sich: Vietnam gegen Kambodscha, China gegen Vietnam. Zusätzlich werden Millionen Menschen in den Tod getrieben durch die kommunistischen Machthaber in Hanoi und Pnom Penh, wobei Henk Samrin mit seinen vietnamesischen Befehlshabern und Pol Pot als Völkermörder sich in nichts nachsehen.

Die meisten Staaten des Westens haben in der Vergangenheit oft große Schuld auf sich geladen, sei es durch die Kriege in Europa, sei es in der Phase des Kolonialismus. Die heutige Kriegsgefahr, der heutige Kolonialismus gehen zumeist von Moskau und seinen Verbündeten aus.

Für mich als Deutschen ist es besonders bedrückend, daß mit der DDR wenige Jahrzehnte nach Hitler wieder Deutsche die Tschechoslowakei überfallen haben und deutsche Truppen und - in alter Gestapo-Manier - ein deutscher Staatssicherheitsdienst nun Menschen in afrikanischen Staaten unterdrücken.

Entschuldigen Sie, wenn ich hier heute so deutliche Worte gesagt habe. Nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan muß aber endlich die wirkliche Situation beschrieben werden. Konferenzen wie diese dürfen nicht der Verschleierung sondern müssen der Offenlegung dienen. So ist der Frieden auf der Grundlage der Unabhängigkeit und Freiheit der Völker zu gewinnen. DEMYC ist nicht bereit, durch Schlußdokumente der schönen Worte das Bewußtsein einschläfern zu lassen bis zur nächsten Agression. Wir ziehen die Konsequenzen aus den Worten des polnischen Intellektuellen Stefan Kisielewski, der 1976 geschrieben und damit leider Recht behalten hat: "Während uns, den Menschen des Ostens ... die Zielsicherheit und Konsequenz der sowjetischen Expansion völlig klar sind, werden diese von den politischen Publizisten des Westens meist übersehen - die Sache wird dort im allgemeinen bagatellisiert, verniedlicht oder auf die lange Bank geschoben."

Nach Afghanistan hat dies ein Ende. Wir wollen Entspannung. Aber keine Entspannung, die auf Europa beschränkt ist und der UdSSR Zeit und Raum läßt, ihre Position in anderen Teilen der Welt gewaltsam so auszubauen, daß der freie Westen politisch, militärisch und wirtschaftlich erpressbar wird.

Aber keine Entspannung, die in Europa die drei-zu-eins-Überlegenheit der UdSSR bei den konventionellen Offensivwaffen und die absolute Dominanz der UdSSR bei den atomaren Mittelstreckenwaffen (z. B. SS 20 und Backfire) nach Erreichen des Gleichgewichts bei den strategischen Waffen festschreiben.

Die Glaubwürdigkeit der UdSSR wird nicht dadurch erhöht, daß die Absicht des Westens, die Parität bei den Mittelstreckenwaffen zu erreichen, mit der Ablehnung von Abrüstungsgesprächen in diesem

Bereich beantwortet wird. Die Glaubwürdigkeit der UdSSR leidet auch darunter, daß als ein angebliches Abrüstungsangebot, das die Überlegenheit auf dem konventionellen Sektor nicht in Frage stellt, ein Truppenabzug aus der DDR erfolgt, der aus heutiger Sicht mehr als eine Truppenverschiebung in Richtung Afghanistan aussieht.

Wenn unter Entspannungspolitik das Bemühen verstanden wird, friedensbedrohende Konflikte zwischen den Staaten, insbesondere zwischen Ost und West einzugrenzen, ihre Ursachen zu beheben und ein friedliches Zusammenleben der Völker zu fördern, dann gibt es in der Tat keine Alternative zu ihr. Jede Regierung, die nicht alle möglichen Anstrengungen in diesem Sinne unternehmen würde, handelte im höchsten Maße verantwortungslos.

Eine solche Entspannungspolitik setzt aber den guten Willen aller Beteiligten voraus. Das östliche Konzept der "friedlichen Koexistenz" nährt jedoch seit langem den Zweifel am guten Willen der östlichen Supermacht. Denn es zielt zwar auf die Vermeidung eines nuklearen Krieges, nicht aber auf Beilegung der Konfliktursachen. Es erlaubt zwar Zusammenarbeit nach eigenem Nutzen, erfordert auch das Schüren von Konflikten, wenn sie der Erweiterung des eigenen Einflusses dienen und unterhalb der Schwelle allgemeiner Kriegsgefahr gehalten werden können.

Der russische Wissenschaftler, Michael S. Woslenskej, definierte Entspannungspolitik aus der Sicht der Marxisten-Leninisten Moskauer Prägung so: "Die internationale Entspannung steht, aus der Sicht der kommunistischen Weltbewegung, keinesfalls einer Fortsetzung des Klassenkampfes im Wege, vielmehr ist die Entspannung den Erfolgen dieses Kampfes förderlich." "Friedliche Koexistenz" ist "eine spezifische Form des Klassenkampfes", und formuliert die Möglichkeiten einer expansiven Großmachtspolitik unter den Bedingungen des atomaren Zeitalters.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die UdSSR ihre Außenpolitik an dem Wort von Carl von Clausewitz ausrichtet: "Der Eroberer liebt stets den Frieden ... Er würde gern widerstandslos in unser Gebiet einziehen."

Diese politischen Gegebenheiten dürfen bei einem geplanten "World-Forum" nicht vergessen werden. Nicht die Verabschiedung inhaltsleerer Formelkompromisse darf das Ziel sein. Die Erforschung der militärischen, ideologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriegsursachen müssen im Mittelpunkt stehen, um so über einen Gedankenaustausch allen teilnehmenden Organisationen verbesserte Möglichkeiten in ihrer Arbeit für den Frieden zu erzielen.

Alle Vorbereitungstreffen und das Forum selbst müssen offen für alle interessierten Jugendorganisationen sein, insbesondere für die aus Spannungsgebieten, und nach dem Prinzip des Konsenses arbeiten, daß heißt, kein teilnehmender Verband darf überstimmt werden. Da das World-Forum arbeitsfähig sein soll, darf die Zahl von 1000 Teilnehmern nicht überschritten werden.

Als Termin schlägt DEMYC den Sommer 1981 vor, damit eine entsprechende Vorbereitung ohne Zeitdruck möglich ist.

Gerade auf europäischer Ebene tragen wir eine große Verantwortung. Deshalb sollte im Winter 1980/81 zu Beginn des KSZE-Folgetreffens in Madrid eine europäische Jugendkonferenz stattfinden, die sich vor allem mit jugendspezifischen Fragen wie Jugendaustausch, gesamteuropäische Jugendwerke, mit den Menschenrechten und der Verwirklichung der anderen Inhalte KSZE-Schlußdokuments erfassen. In dieser Konferenz sollten aber in Vorbereitung des Weltforums auch die militärischen Fragen der Entspannung besprochen werden: Themen wie Abrüstung und Rüstungskontrolle, wirkliche Parität auf der Basis allseits akzeptierter Mannschaftsstrukturen bei den Wiener MBFR-Verhandlungen, die Absprache der kollektiven Höchstgrenzen und "Vertrauensbildende Maßnahmen" für ganz Europa entsprechend dem französischen Vorschlag.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich bin sicher, daß Sie Verständnis für diese deutlichen Worte haben. Ein positives Ergebnis kann nur erreicht werden, wenn offen alle Probleme ausgesprochen werden.

DEMYC ist bereit, in diesem Sinne einen konstruktiven Beitrag zu leisten.